



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die preußische Politik in der letzten Woche.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die preussische Politik in der letzten Woche.*)

Wenn in d. Bl. bei Anfang dieses Jahres die Ansicht ausgesprochen war, daß die Niedergeschlagenheit und Theilnahmslosigkeit an politischen Fragen in Preußen ihren höchsten Stand bereits erreicht habe, und die ersten schwachen Zeichen einer wieder auflebenden Theilnahme des Volks für seine höchsten Angelegenheiten, so wie eine, wenn auch noch langsame Vermehrung der liberalen Sympathien zu bemerken sei, so wird diese Ansicht durch die letzten Monate allerdings bestätigt. Sowol in den Kammern als im Publicum lassen einzelne Symptome erkennen, daß die Streiter für eine große und gesunde Entwicklung des preussischen Staates noch nicht Ursache haben, an unserer Zukunft zu verzweifeln. Allerdings hat eine liberalere Auffassung keine parlamentarischen Siege erfochten, wir sind noch weit davon entfernt, aber in den Gemüthern bereitet sich die Reaction gegen die Reaction entschieden vor.

Die vorige Woche war reich an parlamentarischen Entscheidungen. In der Berathung der auf die Grundsteuer bezüglichen Vorlagen war man bis zu §. 3 des Entschädigungsgesetzes gediehen, welcher für diejenigen Güter, deren Exemption nicht vertragsmäßig erworben war, nur eine $13\frac{1}{2}$ -fache Entschädigung feststellte. Dieser Paragraph wurde mit großer Majorität verworfen; der Finanzminister erklärte, das Princip des Gesetzes sei damit gefallen; seine fernere Berathung überflüssig; und am folgenden Tage zog er auf Grund einer Königl. Ermächtigung die Grundsteuervorlagen vollständig zurück. So scheiterte der Versuch, die vielfach erörterte und seit Decennien schwebende Frage in dieser Session zum Austrag zu bringen. Die Majorität, welche den Geszentwurf zu Fall brachte, bestand aus einer Coalition der verschiedenartigsten Elemente; neben den Gegnern jeder Entschädigung stimmten gegen den Paragraphen alle diejenigen, welche im Princip gegen

*) Das verspätete Eintreffen dieses Artikels veranlaßt d. Red., den Bericht über Lady Cartuffe von M. Girardin und über „Bildende Kunst“ für die nächste Nummer zurückzulegen.

eine Regulirung der Grundsteuer sind und eventuell mindestens die volle, zwanzigfache Entschädigung beanspruchen, und diejenigen, welche, zu Conzessionen bereit, nur mit der Höhe des in §. 3 festgestellten Entschädigungssatzes nicht einverstanden waren. Man hatte unzweifelhafte Beweise, daß unter den Ministern nur die der Finanzen, des Handels und der Justiz sich einigermaßen für den Gesekentwurf interessirten; die Unterstützung, die er bei dem Ministerpräsidenten fand, war sehr lau; die Minister v. Raumer und v. Westphalen waren als entschiedene Gegner der Regulirung bekannt, und demgemäß stimmte der größte Theil der Beamten, namentlich der Landräthe, gegen den Gesekentwurf. So wurde das Ministerium nur scheinbar von seinen eigenen Truppen geschlagen; die Meuterei im ministeriellen Lager war an einigen Orten — um nicht mehr zu sagen — sehr erwünscht, Herr v. Vincke nahm aus diesem unerfreulichen Schauspiel Veranlassung zu einer satyrischen Lobrede auf die Unabhängigkeit des Botums, welche die Beamten durch diese Abstimmung gegen das Ministerium documentirt hätten; er sagte den Ministern v. Raumer und Westphalen Dank dafür, daß sie durch ihre Nichtbetheiligung bei der Abstimmung das Signal zu dieser Unabhängigkeit gegeben hätten, und beschwor sie, die oppositionellen Landräthe dieses Botums wegen nicht, wie diejenigen, die gegen das Preßgesetz gestimmt hätten, zur Disposition zu stellen. . . Diese gelungene Apostrophe erregte die lauteste Heiterkeit, selbst unter der Rechten; der Jubel der jungen Landräthe bezeugte, daß sie wohl wußten, wem sie durch ihr Botum gedient hatten; auch Herr v. Westphalen stimmte in seiner Siegesfreude in die Heiterkeit der kräftigen Phalanx ein, die er durch die Ordre, bei den Wahlen „die conservative Fahne hoch zu halten,“ in die Kammer gebracht hatte und die jetzt gegen seinen Collegen, den Finanzminister, in's Feld gerückt war. Nur der Ministerpräsident schaute finster auf diese Bloßlegung eines bösen Schadens in unsern politischen Verhältnissen; es schien ihn zu verdrießen, daß die Behauptungen über einen Widerstreit und ein schlimmes Intriguenpiel im Schoße des Ministeriums durch die unwillkürliche Heiterkeit, mit der die ministerielle Partei auf v. Vincke's Ironie einging, den Stempel der Gewißheit erhielten. Aber was hilft der finstere Blick, die saure Miene? Wenn die Grundsteuervorlagen nur ein Schattenspiel sein sollten, warum soll man dann mit pedantischem Ernst darüber trauern, daß es in sein Nichts verfliegen? und wenn sie Ernst sein sollten, — nun, so wußte ja Herr v. Manteuffel, wie wenig es nothwendig war, ernste Intentionen durch seine gegnerischen Collegen paralyßiren zu lassen. Sobald es sich um Entwürfe handelt, welche der Minister des Innern vorlegt, unterläßt dieser nie, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Abstimmung keiner der stimmberechtigten Herren Minister fehle! und das ganze Beamtenheer stimmt dann immer für das Ministerium wie Ein Mann; insonderheit dem Herrn Ministerpräsidenten wird dann nicht die Pönitentz erspart, von den ministeriellen Abgeordneten die maßlosesten

Invectiven gegen sein Werk, die von ihm eingebracht und warm vertheidigte Gemeinde-Gesetzgebung von 1850 anhören zu müssen, sich schweigend darein fügen zu müssen, daß sie von Beamten als revolutionair, als zerstörend für alle gesunden Elemente des Volks bezeichnet wird; und um das Maaß einer ausgesuchten Buße voll zu machen, wird es ihm nie erspart, in Reih' und Glied mit denen, die an seinem Weel unter dem Beifall seines Collegen, des Ministers des Innern eine so schonungslose Kritik übten, dasselbe in zahllosen Abstimmungen stückweise zu zerstören, wie die besiegten Athener gezwungen wurden, die Mauern ihrer Stadt unter Flötenspiel abzutragen. Für so viele Leiden, denen sich schwerlich ein anderer Mann unterziehen dürfte, scheint es ein geringes Aequivalent zu fordern, daß nun auch einmal die Minister des Innern und des Cultus ihre Privatansicht vor der Meinung und den Beschlüssen des Staatsministeriums beugten; allein die Philosophie des Herrn von Mantouffel entlehnt ihre Maximen aus der Martyrologie, und seiner Meinung nach ist es der Starke, der einige Schritte zurückweicht, — um dann, mit demselben Trost noch einige Schritte weiter zurückzuweichen.

Obgleich meine Ueberzeugung von dem Wesen einer auf Grund und Boden gelegten Steuer mich zu der weitern Ansicht führt, daß es am Besten ist, wenn man die Grundsteuer, wie sie liegt, unangetastet läßt und das Steuersystem nicht dadurch, daß man sie ihrer Rentennatur beraubt, noch complicirter macht, بدانere ich doch das Schicksal des Gesetzentwurfs auf's Lebhafteste. Freilich, wenn begründete Aussicht vorhanden wäre, daß die Ansicht von der Rentennatur der Grundsteuer in der Mehrzahl des Volkes festen Boden fassen und sich auch in bewegteren Zeiten behaupten könnte, so wäre mit der Vertagung dieser Frage vielleicht Etwas gewonnen. Allein dem ist nicht so. Nach manchem Hin- und Herschwanken ist die preussische Gesetzgebung in den letzten vier Decennien dem Grundsatz von der Veränderlichkeit der Grundsteuer treu geblieben, so daß der entgegengesetzten Meinung nicht nur die Weihe eines unantastbaren, in praxi stets beobachteten Axioms vollständig abgeht, sondern daß die Zahl ihrer Anhänger, in Folge der Anerkennung der eben erwähnten Thatsache, fortwährend im Abnehmen begriffen ist. Die Gemüther werden sich also über die Ungleichheit der Belastung des Grund und Bodens nicht nur nicht beruhigen, sondern der Meinungskampf wird periodisch mit immer wachsender Erbitterung sich erneuern. Diesem Entwicklungsprozeß ist die letzte Entscheidung der Kammer in keiner Weise entgegengetreten; sie hat vielmehr dadurch, daß sich eine Majorität für die Aufhebung der Exemptionen erklärte, die in der preussischen Steuergesetzgebung seit 1810 maßgebende Ansicht von Neuem sanctionirt und dadurch den Bestrebungen auf Beseitigung der Ungleichheit einen neuen Impuls gegeben, während die Majorität gegen §. 3. keine prinzipielle Bedeutung hat, da sie aus Anhängern der diametral entgegengesetzten Meinungen gebildet war. Unter sol-

chen Umständen bleibt es zu bedauern, daß die Regulirung eines der Mehrheit des Volks anstößigen Mißverhältnisses nicht in dieser Zeit erfolgte, in der sie auf eine möglichst schonende Weise erfolgen konnte. Bei der Bitterkeit, mit der die Grundsteuerfrage stets erörtert wird, wird sie von der Regierung, von dieser wie von jeder folgenden, nur nothgedrungen, nur wenn es unvermeidlich ist, wieder aufgenommen werden; und wenn die öffentliche Meinung sich mit solchem Nachdruck geltend macht, daß ein Ministerium die Lösung dieser alle Parteien zersplitternden Frage in die Hand zu nehmen genöthigt ist, dann sind die Umstände für eine rücksichtsvolle und schonende Behandlung nicht geeignet.

Die zweite wichtige Entscheidung dieser Woche besteht in der Annahme des Gesetzesentwurfs, welcher die Bildung einer Pairie aus erblichen und lebenslänglichen Mitgliedern feststellt und die betreffende Anordnung ohne weitere Einschränkung dem Ermessen der Krone anheimstellt. Die Annahme dieses eigenthümlichen Gesetzesentwurfs erfolgte mit einer Majorität von 240 gegen 70 Stimmen; die Polen enthielten sich der Abstimmung. Die Minorität wurde aus 33 Mitgliedern der Fraction Helgoland, etwa eben so vielen Mitgliedern der Rechten und einigen Katholiken gebildet. Die Majorität bestand aus 49 Mitgliedern der Linken, darunter die Abgeordneten v. Patow, Kühne und Pochhammer, der Fraction Bethmann-Hollweg, welche die Pairiegeleiste recht eigentlich in Schwung gebracht hat, fast allen Katholiken und dem Gros der Ministeriellen.

Ich will die Folgen dieses Gesetzesentwurfs nicht voreilig an die Wand malen; sie werden zeitig genug hervorbekommen, daß denen, die bona fide für ihn stimmten, die Augen nicht nur auf-, sondern übergehen werden. Die Zukunft wird es lehren, ob es gerathen war, eine Institution zu schaffen, die in Preußen keinen Boden hat, und in das Schicksal einer solchen Institution die Dynastie, das monarchische Prinzip und das Zweikammersystem zu gleicher Zeit unauflöslich zu verflechten, — und der Ausgang wird die Wahrhaftigen loben. Jetzt, da die Majorität ohne Bedenken, heitern Muthes, als ginge es zu einem fröhlichen und unbedeutenden Spiele, den verhängnißvollen Schritt gethan hat, können wir nur wünschen — wenn auch leider nicht hoffen — daß dieser Institution nicht gleich bei ihrer Geburt ein unheilbarer Krankheitsstoff eingeimpft wird.

Aber zwei Punkte, die bei der Debatte hervortraten, möchten wir nicht unerwähnt lassen. Der eine ist das Auftreten der Fraction Bethmann-Hollweg. Niemand bezweifelt, daß die Mitglieder dieser Fraction sich durch den redlichsten Willen auszeichnen, und daß sich auch gegen ihre politische Einsicht wie gegen ihre Festigkeit wenig einwenden läßt. Allein in Bezug auf die Pairiefrage sind sie augenscheinlich weniger ihrer innern Ueberzeugung als vielmehr anderweitigen Rücksichten gefolgt, durch welche sie zu der Hoffnung verleitet wurden, daß aus der Bildung einer Pairie und der dadurch herbeigeführten Befriedigung eines allerhöchsten Wunsches erspriessliche Folgen für unser Verfassungsleben hervorgehen

würden. Es waren, wie gesagt, weniger aus der Natur hergeleitete Gründe als äußere künstliche Combinationen, vielleicht auch die Hoffnung, daß durch ihr bereitwilliges Eingehen auf die Intention des Königs die Möglichkeit geboten werden möchte, das jetzige von ihnen als verderblich erkannte Regierungssystem durch das von ihnen vertretene ersetzen zu können, diese Momente waren es, welche die Fraction bestimmten, während der vorigen Session die Bildung einer Pairie in Anregung zu bringen. Durch dieses freiwillige Auftreten für eine Sache, die sich nicht vollständig durch sich selbst empfahl, ist die Fraction in eine sehr schiefe Lage gekommen; die Combinationen und Hoffnungen, durch die sie vor Jahresfrist geleitet wurde, haben sich inzwischen als luftige Spinnweben erwiesen, und es ist klar geworden, daß die Bildung einer Pairie unsere Verfassungskrisis nicht nur nicht abschließen, sondern nur zu noch energischeren Angriffen gegen andere wichtige Fundamentalsätze unseres Staatsrechts führen wird. Dieses Gefühl lastete wie ein Alp auf der Fraction und kann ihr die Lehre geben, daß es in politischen Dingen gerathener ist, sich fest an die Sache zu halten, und sich nicht durch Seitenblicke hinter die Coullissen irre leiten zu lassen. Die Bertheidigung des Gesetzesentwurfs durch den Abgeordneten Bethmann-Hollweg war ausnehmend schwach; seine Gründe reducirten sich eigentlich auf den Satz, die Frage müsse einmal erledigt werden; von einer Beendigung der Verfassungskrisis und dergleichen hoffnungsreichen Dingen war nicht mehr die Rede. Aber auch das angeführte Argument scheint uns in dieser Frage nicht zutreffend; es existirt kaum eine politische Frage, deren Erledigung weniger nöthig und weniger nützlich wäre. Einem so klaren Kopf wie Herr von Bethmann-Hollweg es ist, kann es kaum entgehen, daß in ganz Preußen schwerlich hundert urtheilsfähige Politiker existiren, die sich für eine preussische Pairie an sich, der Sache selbst wegen interessieren, die davon überzeugt sind, daß Preußen das geeignete Material zu einer Pairie besitzt, daß ein solches Institut sich bei uns als ein Förderungsmittel unseres Verfassungslebens und zugleich als eine Stütze der Monarchie in bösen und guten Tagen bewähren werde. Die große Masse derer, welche jetzt für eine preussische Pairie schreiben und stimmen, läßt sich durch die oben angedeuteten äußern Rücksichten und Hoffnungen über die Bedenken, die sich aus der historischen Erfahrung und aus den speziellen preussischen Zuständen ergeben, hinwegheben; und der Eifer dieser Personen ist demgemäß mehr ein künstlicher und scheinbarer als ein natürlicher und wirklicher. Was würde also die Folge sein, wenn der Gesetzesentwurf wieder verworfen wäre? Eine Aufregung oder auch nur Unzufriedenheit des Volks? Sicherlich nicht! Aber vielleicht eine Kammerauflösung? Vielleicht, aber auch nur vielleicht! Denn es ist nicht wahrscheinlich, daß das gegenwärtige Ministerium zur Auflösung einer so gearteten Kammer den Rath ertheilen wird, zumal um einer Frage willen, für die es — wenigstens im vorigen Jahre — nur ein höchst problematisches Interesse an den Tag gelegt hat. Und was hat die Minorität von einer Kam-

merauflösung zu fürchten? Die Pairiefrage ist so angethan, daß sie durch zweimalige Ablehnung wahrscheinlich todt gemacht wäre. Und das soll eine Frage sein, deren Erledigung durch Annahme des Regierungsvorschlages dringend notwendig wäre? Oder fürchtet man, daß die Ablehnung der Pairie unsere ganze Verfassung in Frage gestellt hätte? Diesen Besorgnissen steht ein Eid entgegen; und wenn Jemand diese Garantie nicht für hinlänglich erachtet, so muß er nicht übersehen, daß dann — nach seinen Anschauungen über die Dauerbarkeit unsres Rechtszustandes — unsere Verfassung als ein sehr precäres Gut von höchst zweifelhaftem Werthe erscheinen muß, über dessen Verlust sich kein einsichtiger Mensch betrüben kann. Die Bereitwilligkeit, mit der die Fraction Bethmann den Wünschen des Königs zuvorzukommen sich beeilte, ehren wir vollkommen; aber einer Frage gegenüber, die doch auch in den Augen dieser Fraction ihre sehr bedenklichen Seiten haben wird, erscheint sie sehr gefährlich, wenn sie in einer Zeit bewiesen wird, in der bei dem Maße politischer Einsicht, welches die gegenwärtigen Rathgeber der Krone bei ganz ähnlichen Gelegenheiten zur Schau gestellt haben, mit der vollen Gewißheit, wie sie überhaupt bei irgend einer politischen Berechnung stattfinden kann, vorauszusehen ist, daß die Ausführung der Maßregel selbst bei dem besten Willen der Minister in einer Weise erfolgen wird, welche die eigentlichen Intentionen des Monarchen, aus der neuen Institution eine Stütze des Thrones zu machen, vereitelt, ja vielleicht die gerade entgegengesetzte Wirkung hervorbringt. Solchen Verhältnissen gegenüber eine Frage abthun, nur damit man durch sie nicht abermals behelligt werde, scheint uns eine verderbliche Verirrung zu sein, die unserer Meinung nach nur durch die schiefe Stellung erklärt werden kann, in die sich die Fraction, dieser Frage gegenüber, von vorn herein gebracht hat.

Das zweite Moment ist die oben erwähnte Erscheinung, daß die Opposition gegen das Ministerium, obgleich sie in dieser Kammer numerisch schwächer ist als in der vorjährigen, dennoch an Terrain gewinnt, indem sich oppositionelle Regungen in Kreisen zeigen, die bisher für unbedingt ministeriell galten. Wir haben hier natürlich nicht die Junkerpartei im Auge, die gegen eine Pairie stimmt, weil sie den Kleinadel bei der Gesetzgebung als gleichberechtigtes Element neben die Krone und die Volksvertretung stellen will; sondern diejenigen Männer, deren Meinung jetzt zum zweiten Male durch den Grafen Limburg-Styrum ausgesprochen ist. Graf Limburg motivirte seine Abstimmung nicht durch seine Sehnsucht nach einem von dem Kleinadel zu bildenden Oberhause, auch nicht durch den Wunsch, daß die wundervoll conservativen Elemente der jetzigen ersten Kammer zunächst in die zweite verpflanzt werden möchten, sondern schlechtweg durch sein Mißtrauen gegen die jetzigen Minister, welche die Pairie nicht in einer zweckentsprechenden Weise bilden würden, und durch seine Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Vorlage ebenso wie die frühere, nach der die Kammern nur alle zwei Jahre einberufen

werden sollten, keinen andern Zweck habe, als zur Rückkehr des Absolutismus die Wege zu bahnen. Durch solche Ansichten sind die Grafen Limburg und Zietzen in eine principielle Differenz mit der ministeriellen Fraction Mäder gerathen und haben sich in Folge dessen veranlaßt gefühlt, aus derselben auszuschneiden. Wie im verflossenen Jahre die Opposition der Fraction Bethmann-Hollweg sich consolidirte, wie in dieser Session schon bei mehreren Abstimmungen in der Fraction Hohenlohe-Danzin oppositionelle Elemente hervorgetreten sind, so findet jetzt auch noch weiter rechts die Einsicht Boden, daß die rastlose Fortentwicklung des jetzigen Regierungssystems der conservativen Sache keinen Dienst leistet, daß nicht Alles als wohlgethan zu betrachten ist, was von dem gegenwärtigen Ministerium ausgeht. Und die Sache der constitutionellen Partei steht jetzt so, das sich Jeder ihr zuwendet, der sich nur überhaupt zum Bestimmen, zur Prüfung entschließt.

Die größte Begebenheit der auswärtigen Politik, der Handelsvertrag mit Oestreich, wird in der Presse von den verschiedensten Standpunkten aus beleuchtet. Wenn man mit all diesen entgegengesetzten Ansichten noch die ebenso weit auseinandergehenden Urtheile unserer Sachverständigen, der großen Kaufleute und Industriellen, vergleicht, so erhält man als letztes weises Resultat den einfachen Satz, daß sich die Folgen dieses Vertrages noch gar nicht übersehen und von der größten Weisheit auch nicht einmal annähernd berechnen lassen. In der That ist die Vergrößerung des deutschen Marktes um 30 bis 40 Millionen Producenten und Consumenten eine so ungeheure Begebenheit, daß sie die deutsche und preussische Entwicklung in ganz neue Bahnen führen muß. In der preussischen Handelswelt lebt im Allgemeinen ein frohes Vertrauen, daß die Thätigkeit und Intelligenz der Angehörigen des Zollvereins auch da noch Siege erkämpfen werde, wo die Tarifbestimmungen im Interesse Oestreichs gemacht scheinen. Für Handel und Industrie beginnt eine neue Aera und die Expansionskraft unserer Geschäftsmänner wird jetzt einen friedlichen Eroberungszug in das östreichische Gebiet zu leiten haben, dessen Folgen man zunächst als verhängnißvoll für den Wohlstand der Zollvereinsstaaten betrachten muß.

Aber noch weit wichtiger sind die politischen Folgen des Zollvertrages, so wichtig, daß sie die ganze Stellung unserer deutschen Partei total verändern. Denn die große Verbindung der Liberalen, welche seit dem Jahre 1849 unter dem Namen der Gothaer als Prinzip eine Concentration der deutschen Interessen unter Preussens Primat erstrebte, hat, gerade heraus gesagt, durch diesen Vertrag ihr altes Parteiprinzip verloren. Bis jetzt mußte ihr als die einzig mögliche Erhebung aus dem Partikularismus der einzelnen Staaten erscheinen, einen Staatsbau vorzubereiten, welcher Oestreich so fern als möglich hielte, und die in praktischen und idealen Interessen einander nahestehenden einzelnen Staaten von vorwiegend deutscher Bevölkerung zusammenbände. Diese Aufgabe ist bis jetzt, wie wir Alle wissen, durchaus nicht gelöst worden, doch war es möglich und

nothwendig, an derselben als an der leitenden Idee festzuhalten, so lange der österreichische Staat dem übrigen Deutschland isolirt gegenüber stand, wie etwa die Schweiz oder die russischen Ostseeprovinzen, und durch seine diplomatische Kunst einen immerhin vergänglichem Einfluß auf die deutschen Cabinette ausübte. Jetzt aber werden die praktischen Interessen Deutschlands und Oestreichs auf das Innigste verbunden. Große Kapitalien der Deutschen werden in österreichischen Unternehmungen angelegt werden, große Credite werden hier und dort gefordert und bewilligt werden, jede Art von geschäftlicher Intelligenz wird aus einem Staatenkörper in den andern übersiedeln, im Laufe der Jahre werden die merkantilschen Interessen beider Völkerguppen so zusammen wachsen, daß ein gewaltsames Zerreißen unmöglich, oder doch im höchsten Grade gefährlich werden muß. Den praktischen Interessen werden die gemüthlichen folgen, menschliche Beziehungen, herzliche Verhältnisse, Familienbände werden in sehr gesteigerter Zahl hüben und drüben entstehen; und auf den zarten und doch festen Fäden dieser Verbindungen werden auch ganz andere, als industrielle Ideen sich an Oestreich anheften und das Land überspinnen. Viele deutsche Landwirthe, Kaufleute, industrielle Gewerbetreibende werden in Oestreich ihre Thatkraft und ihr Wissen zu verwerthen suchen, und norddeutsches Wesen und norddeutsche Ideale in ihre neue Heimath hereintragen. Ueberall werden in Oestreich kleine Colonien deutscher Geister entstehen, und die Ansichten, Stimmungen, und gemüthlichen Neigungen des Nordens werden dort eine lebhafte und einflussreiche Vertretung finden. Es ist unmöglich zu schätzen, wie weit der Einfluß des protestantischen Geistes und norddeutscher Thatkraft in Oestreich gehen wird, sicher aber ist, daß er größer sein wird, als umgekehrt die Einwirkung der österreichischen Kräfte auf die deutschen Völker. Und als Meinung eines Einzelnen sei hier die Behauptung ausgesprochen, daß dieser deutsche Einfluß auf Oestreich sich in nicht langer Zeit als so wirksam herausstellen wird, daß er noch ganz andere Folgen nach sich ziehen muß, als eine Verbindung des österreichischen Capitals mit norddeutscher Intelligenz.

Die österreichische Regierung hat den politischen Hintergedanken, durch die Zolleinigung für ihre Suprematie in Deutschland eine sichere Grundlage zu gewinnen. Wohlان, das Prinzip der Partei, welcher auch wir angehören, muß von jetzt ab das Entgegengesetzte sein, die deutschen Länder Oestreichs durch Capital, durch Intelligenz und geschäftige Redlichkeit für den norddeutschen Geist zu erobern. Das ist der alte Kampf auf einem neuen Terrain, und diesmal ist der endliche Sieg kaum zweifelhaft. — Wir werden trotz aller vermehrten Einwirkungen der kaiserlichen Regierung auf die deutschen Cabinette mit einem Erfolg kämpfen, welcher genau entsprechen wird dem Verhältniß, in welchem deutsche Bildung und Kraft zu der Oestreichischen steht. Die kaiserliche Regierung hat gewollt, daß die letzte Zeile des Arndtschen Liedes zur Wahrheit werde: „Das ganze Deutschland soll es sein“, unsere Partei wird von jetzt ab dieselbe Ueberzeugung und dasselbe Prinzip annehmen müssen. Es handelt sich nur noch darum, wer das Lied zum guten Ende singen wird, ob sie oder wir.